

# „Der Markt löst nicht alle Umweltprobleme“

**BZ-INTERVIEW: Mohssen Massarat – Wirtschaftsprofessor mit Schwerpunkt Ökologie in Osnabrück – will statt Ökosteuern lieber eine Mengenregulierung**

**FREIBURG.** Mohssen Massarat ist Professor für internationale Wirtschaftsbeziehungen, politische und ökologische Ökonomie an der Universität Osnabrück. Sein Buch „Das Dilemma der ökologischen Steuerreform“ ist gerade in Marburg erschienen. Stephan Günther sprach mit ihm über die ökologische Steuerreform, internationale Klimaabkommen und Klimaschutz.

**BZ:** Die ökologische Steuerreform fällt bescheidener aus, als die Umweltverbände gefordert haben. Was wird sie bringen?

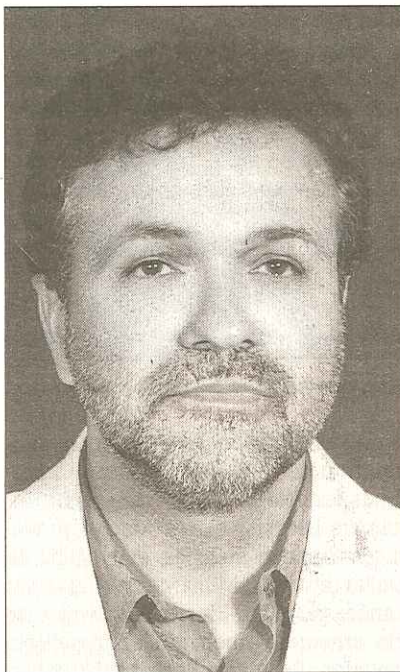
Massarat: Ökologisch wird die Steuerreform in der jetzt angekündigten Form nichts bringen. Im Gegenteil: Sie wird durch die damit verbundene Senkung der Arbeitskosten das Wachstum und den Energieverbrauch verstärken.

**BZ:** Eine starke Variante, wie sie die Grünen gefordert haben – fünf Mark pro Liter Benzin – scheint nicht durchsetzbar.

Massarat: Hier wird ein ökologisches Ziel von einem sozialen Problem überlagert. Eine harte Variante, mit Energiepreissteigerungen von circa 15 Prozent im Jahr, könnte zu dem gewünschten Rückgang von Kohlendioxid führen. Das wird jedoch zu Recht von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Es hat keinen Sinn, ein ökologisches Ziel mit einem Marktinstrument zu verfolgen, das seinerseits zu sozialen Problemen führt.

**BZ:** Die weiche Variante bringt nichts, die harte wird nicht akzeptiert?

Massarat: Umweltschutzpolitik ist zualtererst Mengenregulierung. Der Umweg über den Preis oder in Verbindung mit Zielen wie Beschäftigung stellt ein großes Risiko dar, da das Umweltziel unter die Räder kommt. Wenn wir weniger fossile Energie verbrauchen wollen, wäre es doch naheliegender, weniger



**Professor für ökologische Ökonomie: Mohssen Massarat.** FOTO: BZ

davon zu liefern. Ich nenne das direkte Mengenregulierung, die beispielsweise durch eine Energie-Marketing-Agentur nach dem Vorbild der Zentralbank funktionieren würde.

**BZ:** Das gab es in erzwungener Form schon einmal. Während der Ölkrise haben die Opec-Staaten das Angebot verringert.

Massarat: Die effektivsten Einsparungen weltweit sind tatsächlich nach 1974, aber vor allem nach 1979 erreicht worden, als die Opec ihr Angebot reduzierte. Da kann man global nachweisen, daß der Energieverbrauch weltweit zurückgegangen ist. Eine solche Senkung gab es seitdem nicht wieder.

**BZ:** Was ist der wesentliche Unterschied

zwischen der Preisregulierung durch eine ökologische Steuerreform und einer Mengenregulierung?

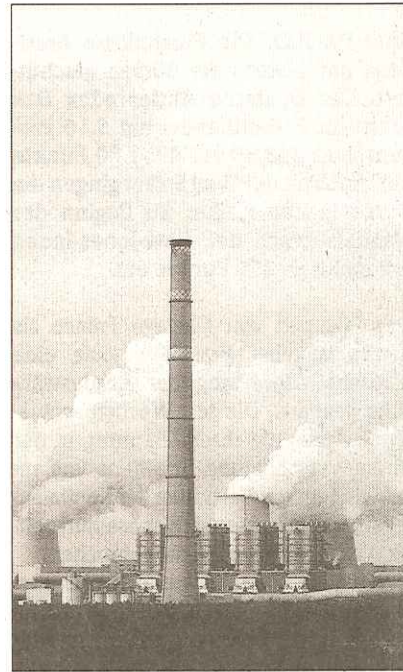
Massarat: Das Ziel wird durch Mengenbegrenzung zu 100 Prozent erreicht. Wenn nicht mehr da ist, kann nicht mehr verbraucht werden. Diese Genauigkeit wird über den Preis nicht erreicht.

**BZ:** Auf der anderen Seite führt eine Mengenbegrenzung in der Regel zu Handel. Entsteht nicht automatisch ein Schwarzmarkt mit dem knappen Gut?

Massarat: Auf dem Binnenmarkt wird das von Jahr zu Jahr schrumpfende Energieangebot frei über den Markt an die Verbraucher verteilt. Ähnliches kann auch international stattfinden. Dazu bedarf es einer völkerrechtlichen Vereinbarung zwischen den Anbieterstaaten. Nur 18 Staaten der Welt verfügen über 70 Prozent aller fossilen Ressourcen. Kämen diese Staaten überein, ihr Angebot anteilmäßig zu verknappen, so würde der Handel mit Zertifikaten, ein klimapolitisch und sozial sehr problematisches System, überflüssig. Deshalb müßten die Anbieterstaaten in das Klimaabkommen eingebunden werden. Hinzu käme eine Lastenausgleichsvereinbarung für arme Länder.

**BZ:** Sie setzen also an der entgegengesetzten Seite an. Nicht das, was hinten rauskommt – Kohlendioxid und Klimagase – sondern was reingeht, eben die fossilen Energieträger, sollen reguliert werden?

Massarat: Richtig. Das hat den Vorteil, daß die Regelung nicht so leicht unterlaufen werden kann. Es wird nur vereinbart, daß eine bestimmte Menge an fossilen Energieträgern auf den Markt gebracht wird. Für die Verteilung brauchen wir keine Zertifikate und keine Quoten. Der Preis regelt die Verteilung. Er könnte steigen, muß aber nicht.



**„Mehr Wachstum bedeutet mehr Energieverbrauch.“** FOTO: DPA

**BZ:** Das Konzept einer Mengenregulierung entspricht „nachhaltigem Wirtschaften“. Es wird nicht mehr geerntet als nachwächst. Scheitert die Übertragung auf andere Sektoren als der Forstwirtschaft nicht daran, daß nichts nachwächst?

Massarat: In der Energiewirtschaft gibt es neben dem Problem, daß die Ressourcen endlich sind, das Klimaproblem. Nachhaltig wäre eine Energiewirtschaft, wenn die Ressourcen für nachfolgende Generationen nicht zur Neige gehen und gleichzeitig das Klima nicht aus dem Gleichgewicht gebracht würde.

**BZ:** Wie stehen die Chancen zur Umsetzung Ihres Konzepts?

Massarat: Tatsächlich waren die letzten

Jahrzehnte bestimmt durch den Neoliberalismus. Selbst die Umweltorganisationen streben seither marktkonforme Konzepte an. Nun ist jedoch seit einiger Zeit eine Trendwende feststellbar. Der Neoliberalismus ist an seine Grenzen gestoßen. Der Markt löst nicht alle Probleme, sondern er schafft neue. Die Wahl sozialdemokratischer Regierungen mit einer teilweisen Rückkehr zu keynesianischer Wirtschaftspolitik zeigt dies. Für soziale Sicherheit und den Schutz der Umwelt ist der Markt der schlechteste Regulator. Umweltpolitik bedeutet, Marktkräften Grenzen zu setzen.

**BZ:** Die ökologische Steuerreform geht diesen marktkonformen Weg. Was bedeutet das international?

Massarat: Für den Fall, daß die Ökosteuer in den Industriestaaten tatsächlich eine Energieverbrauchssenkung bewirkt, wird es zu einem Preisverfall am Weltmarkt kommen. Die erdölexportierenden Staaten werden mehr produzieren, um ihre Einnahmen zu stabilisieren. Dadurch werden die Preise weiter sinken. Es gibt mehrere Gründe, warum die Opec-Staaten nicht marktkonform reagieren. Viele Staaten sind von den Einnahmen abhängig, die Folgen eines Nachfragerückgangs wären für manche Länder dramatisch. Nigeria beispielsweise wird, wenn weniger Öl verkauft werden kann, weitere Konzessionen gegenüber den Ölkonzernen machen. Umweltschutz und Investitionen werden reduziert, um kurzfristig zu sparen. Umweltpolitisch heißt das, daß der Preisaufschlag durch die Ökosteuer wieder aufgehoben würde durch den internationalen Konkurrenzkampf und Preisverfall. Es bedarf internationaler Klimaabkommen, in die die Produzentenländer integriert sein müssen.